

Antrag

der Abgeordneten Katharina Dröge, Anja Hajduk, Uwe Kekeritz, Lisa Badum, Margarete Bause, Dieter Janecek, Sven-Christian Kindler, Markus Kurth, Sven Lehmann, Beate Müller-Gemmeke, Corinna Rüffer, Stefan Schmidt, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Agnieszka Brugger, Harald Ebner, Ottmar von Holtz, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Renate Künast, Friedrich Ostendorff, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klima und Menschenrechte schützen – EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine verantwortungsvolle und langfristig tragfähige Handelspolitik bringt wirtschaftliche Interessen, Klima und Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung sowie den Schutz der Menschenrechte in Einklang. Diesem Anspruch wird die deutsche Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel seit vielen Jahren nicht gerecht. Besonders deutlich wird dies im Falle des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens, auf das sich die EU-Kommission und der südamerikanische Staatenbund Mercosur, bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay am 28.06.2019 nach einem 20 Jahre andauernden Verhandlungsprozess geeinigt haben. Ein Abkommen, dessen zentraler Bestandteil ein umfassendes Freihandelsabkommen ist.

Während verschiedene europäische Regierungschefs sich noch vor wenigen Monaten gegen eine schnelle Unterzeichnung des EU-Mercosur-Vertrages ausgesprochen haben, ist es insbesondere der Intervention von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zuzuschreiben, dass das Freihandelsabkommen doch bereits im Juni 2019 in dieser Form unterzeichnet wurde.¹

Damit trägt die Bundesregierung die Verantwortung für einen Freihandelsvertrag als Teil des Assoziierungsabkommens, der der Europäischen Union zusätzliche Exporte für Autos und Autoteile, Maschinen, Chemikalien und Pharmazeutika ermöglichen soll und der den Mercosur-Staaten im Gegenzug höhere Rindfleisch-, Zucker- und Ethanol-Exporte nach Europa gewährt. Gleichzeitig trägt das Abkommen nicht ausreichend Sorge für den Schutz von Umwelt, Klima, Menschenrechten sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern. Der Abschluss in dieser Form war deshalb ein schwerer Fehler.

¹ www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/merkel-und-kollegen-fordern-abschluss-von-Mercosur-abkommen-a-1274254.html

Insbesondere angesichts der aktuellen Situation in Brasilien seit der Wahl des rechts-extremen Präsidenten Jair Bolsonaro hätte die deutsche Bundesregierung den Abschluss des Mercosur-Abkommens verhindern müssen und sich für ein neues Mandat einsetzen müssen, das den Schutz von Menschenrechten und Klima in den Mittelpunkt eines Mercosur-Abkommens stellt. Ein neues Mandat, das für alle handelsrelevanten Kapitel Regeln für den Schutz und Erhalt von Umwelt, Biodiversität und Klima vorsieht und zudem ein sanktionierbares Nachhaltigkeitskapitel, Vereinbarungen zum Erhalt des Amazonas-Regenwaldes in seiner jetzigen Größe und einen wirksamen Beschwerdemechanismus für Menschenrechtsverletzungen enthält.

Sowohl die Situation der Menschenrechte als auch die Vernichtung des brasilianischen Regenwaldes hat sich seit dem Amtsantritt von Präsident Jair Bolsonaro katastrophal verschlechtert. Gestützt von einflussreichen Lobbyinteressen der Soja-, Fleisch-, Bergbau und Holzwirtschaft, hat Jair Bolsonaro mit seinen Ankündigungen, die Amazonasregion stärker für die Landwirtschaft und den Bergbau erschließen zu wollen, und gepaart mit der Schaffung eines Klimas der Straffreiheit, den Teppich für illegale Brandrodungen und Angriffe auf Personen und Länder indigener Bevölkerungsgruppen ausgerollt.² Das Budget des Umweltministeriums für Klimaschutz wurde von der brasilianischen Regierung gleichzeitig um 95 Prozent gekürzt.³

Seit Jair Bolsonaros Amtsantritt im Januar 2019 ist die Zahl der Waldbrände in Brasilien dramatisch gestiegen. Dem brasilianischen Institut für Weltraumforschung (Inpe) zufolge ist die Entwaldung in den vergangenen neun Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 93 Prozent gestiegen.⁴ Es ist davon auszugehen, dass die allermeisten dieser Brände menschengemacht sind und verheerende Auswirkungen haben werden. Der Amazonas-Regenwald ist bereits heute ein geschwächtes Ökosystem. Rodungen der Vergangenheit haben ihm stark zugesetzt.⁵

Die aktuelle Vernichtung von Amazonas-Regenwald ist nicht nur für Brasilien und Lateinamerika, sondern auch global eine Katastrophe. Der Amazonas-Regenwald ist das größte zusammenhängende Urwaldgebiet der Welt. Im Kampf gegen die Klimakrise ist der Wald als Speicher von Kohlendioxid von essentieller Bedeutung. Gleichzeitig weist der Amazonas die größte Artenvielfalt aller tropischen Wälder der Welt auf.

Durch die massiven Rodungen verlieren aber auch Indigene ihre Heimat. Durch seine Politik schafft Präsident Jair Bolsonaro ein Klima, in dem Landraub und Gewalt an der indigenen Bevölkerung im Amazonas-Gebiet folgenlos bleiben, wenn er dazu dient, durch Rodungen weitere Flächen für die Landwirtschaft zu gewinnen. Auch der Landraub könnte somit durch das EU-Mercosur-Abkommen und die dadurch steigende Produktion von Agrargütern weiter vorangetrieben werden.

Größter Treiber der Entwaldung im Amazonas-Gebiet ist die industrielle Landwirtschaft. Insbesondere für Weideflächen für Rinder oder Anbauflächen für Soja oder Zuckerrohr wird der Regenwald abgeholzt. Das EU-Mercosur-Abkommen zielt darauf ab, den Export von Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol aus den Mercosur-Staaten in die EU zu erleichtern. Eine damit verbundene Ausweitung der Produktion würde die Rodungen im Amazonas-Regenwald weiter befeuern.

Auch in Argentinien und Paraguay schwelen Umweltkonflikte durch Bergbau und den intensiven Anbau von Gensoja. Das Roden der Wälder raubt auch dort Kleinbauern

² www.deutschlandfunk.de/lateinamerika-experte-agrarlobby-ist-bolsonaros.694.de.html?dram:article_id=457123

³ www.zeit.de/wissen/umwelt/2019-05/klimawandel-brasilien-jair-bolsonaro-budgetkuerzung-umweltministerium-klimaschutzmassnahmen-rodungen

⁴ www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-10/brasilien-regenwald-amazonas-entwaldung-waldflaeche-rodung

⁵ Vgl. www.zeit.de/wissen/umwelt/2019-05/klimawandel-brasilien-jair-bolsonaro-budgetkuerzung-umweltministerium-klimaschutzmassnahmen-rodungen

und Indigenen ihre Lebensgrundlage.⁶ Die Wälder des Gran Chaco, die sich mehr als hundert Millionen Hektar über Argentinien, Paraguay und Bolivien erstrecken, sind ein Ökosystem voller Biodiversität und endemischer Spezies. Sie sind die Heimat zahlreicher indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften. Insbesondere der Anbau von genmodifiziertem Soja, Zuckerrohr, Eukalyptus sowie Flächen für Viehzucht tragen jedoch zu massiver Abholzung des Gran Chaco und zur Umweltverschmutzung durch den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat bei. Unter beidem leidet nicht nur das Ökosystem und das Klima, sondern auch die indigene und kleinbäuerliche Bevölkerung, deren Lebensraum zerstört wird. Argentinien hat zwischen 1990 und 2015 22 Prozent seiner Wälder verloren und Paraguay weist regelmäßig die höchsten Entwaldungsraten der Welt auf. Diese Zerstörung geht zu überwältigenden Teilen auf die Agrarindustrie zurück.⁷ Das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen könnte die Situation weiter verschärfen.

Das Nachhaltigkeitskapitel im Abkommen ist völlig unzureichend, um diese Entwicklungen zu verhindern und den Schutz von Klima, Umwelt und Menschen zu gewährleisten. Im Gegensatz zu den anderen Kapiteln des Abkommens sind die Bestimmungen nicht sanktionsbewehrt und somit zahnlos. Wichtige multilaterale Übereinkünfte zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, wie das Pariser Klimaabkommen oder andere Umweltabkommen und die ILO-Konventionen, die den Schutz von Arbeitsstandards gewährleisten sollen, werden zwar erwähnt. Doch während die Nichteinhaltung der Handelsteile des Abkommens eine Rücknahme der darin vereinbarten Handelserleichterungen zur Folge haben kann, kann bei Verstößen gegen das Nachhaltigkeitskapitel lediglich ein unverbindlicher Expert*innen-Bericht mit Empfehlungen veröffentlicht werden. Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Schutz des Amazonas muss jedoch wesentlicher Bestandteil des Handelsvertrags sein. Das bedeutet, dass der Handelsvertrag gekündigt werden kann oder Sanktionen möglich sind, wenn Klimaziele nicht eingehalten und der Amazonas weiter gerodet wird. Doch insbesondere die deutsche Bundesregierung hat eine entsprechende Forderung Frankreichs nicht unterstützt.⁸

Auch die Menschenrechtsklausel im Abkommen muss gestärkt werden. Die Menschenrechtslage hat sich in Brasilien unter Präsident Jair Bolsonaro nicht nur für indigene Bevölkerungsgruppen deutlich verschlechtert. Auch Nichtregierungsorganisationen geraten mehr und mehr in das Visier der Regierung und werden überwacht, Waffengesetze wurden aufgeweicht und das Polizeigesetz verschärft. Dabei ist nach Angaben von Amnesty International Brasilien schon jetzt eines der gefährlichsten Länder für Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit, insbesondere in den Bereichen Land- und Umweltrechte.⁹ Und auch in Argentinien, Paraguay und Uruguay kommt es regelmäßig zu Gewalt gegen indigene Gruppen sowie Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, denen die Anerkennung ihrer Landrechte versagt wird oder die von ihrem Land vertrieben werden, und immer wieder zu Vorkommnissen willkürlicher Polizeigewalt gegen Demonstrierende und Aktivistinnen und Aktivisten.¹⁰

Auch wenn die meisten EU-Handelsabkommen eine Menschenrechtsklausel enthalten, die auch Sanktionen bei Nichteinhaltung erlaubt, so kommt diese fast nie zum Einsatz. Es fehlen insbesondere eine regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtslage vor Ort und ein niedrigschwelliger Beschwerdemechanismus für betroffene Gruppen, mit dem

⁶ www.deutschlandfunk.de/die-papst-enzyklika-und-argentinien-wo-umweltschutz-keine.697.de.html?dram:article_id=322875

⁷ Vgl. www.mightyearth.org/wp-content/uploads/2018/04/ME_DEFORESTATION_EU_English_R8.pdf

⁸ Plenarprotokoll des Bundestages zur 71. Sitzung vom 12. Dezember 2018 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19070.pdf>

⁹ Vgl. www.amnesty.de/informieren/aktuell/brasilien-bolsonaro-setzt-menschenrechtsfeindliche-rhetorik-die-tat-um

¹⁰ www.amnesty.de/jahresbericht/2018/argentinien#section-3510978; www.amnesty.de/jahresbericht/2018/paraguay

Mandat, Verstöße zu untersuchen und zu ahnden.¹¹ Doch die Einhaltung von Menschenrechten darf nicht nur formal ein wesentlicher Bestandteil des Handelsvertrages sein, sondern muss auch in der Praxis durchgesetzt werden.

Mehrere europäische Regierungen haben sich nach den verheerenden Bränden im Amazonas-Regenwald dagegen ausgesprochen, das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen in dieser Form zu ratifizieren. In Irland und Frankreich, aber auch in Deutschland gibt es große Kritik seitens der Landwirte. Sie befürchten einen steigenden Preisdruck und unfaire Konkurrenz. Denn in den Mercosur-Staaten werden Pestizide eingesetzt, die in der EU aufgrund ihrer Schädlichkeit für Umwelt und Gesundheit verboten wurden. Das österreichische Parlament stimmte bereits gegen die Unterzeichnung des Abkommens. Finnland forderte einen generellen Importstopp für brasilianisches Rindfleisch. Und auch innerhalb der deutschen Bundesregierung gibt es kritische Stimmen.

Die Regierung muss ihrer globalen Verantwortung für Klimaschutz und Menschenrechte endlich gerecht werden. Angesicht der verheerenden Situation in Brasilien und der fortschreitenden Rodung des Amazonas-Regenwalds reicht es nicht aus, das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen in seiner jetzigen Form zu stoppen und auf Grundlage eines neuen Mandats neu zu verhandeln. Die Bundesregierung sollte sich darüber hinaus Finnland anschließen und sich dafür einsetzen, dass keine Produkte mehr in die EU gelangen, die zur Zerstörung von Waldflächen und anderen ökologisch bedeutsamen Gebieten sowie zu Menschenrechtsverletzungen und Landraub beitragen.

Wir wollen die Globalisierung ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestalten. Dazu brauchen wir einen Handel, der auf starke soziale, ökologische und menschenrechtliche Regeln setzt statt auf einseitige Liberalisierung. Freier Handel hat unter bestimmten Bedingungen in den letzten Jahrzehnten zu einer weltweiten Verminderung von extremer Armut beigetragen. Und viele asiatische Staaten haben vorgemacht, wie asymmetrische Handelsbeziehungen zum Motor für Entwicklung werden können. Besonders der anfängliche Schutz junger Industrien in Entwicklungsländern hat deren Teilhabe am internationalen Handel ermöglicht.

Doch gleichzeitig erhöht Handel den Druck auf natürliche Ressourcen wie Böden, Wälder und das Klima. Immer wieder führen globale Produktionsprozesse zur Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wenn es keine klaren Schutzstandards gibt. Standards in der Landwirtschaft – beispielsweise zur Tierhaltung oder zum Pestizideinsatz – geraten durch den verschärften, globalen Wettbewerb unter Druck. Und das Mercosur-Abkommen droht nicht nur dem Raubbau an den Regenwäldern Südamerikas für die Versorgung der europäischen Tiermast mit Soja Vorschub zu leisten, sondern auch die Konkurrenz zwischen Südamerika und Afrika zu verschlimmern, insbesondere um den Export von verarbeiteten Kaffee- und Kakaoprodukten in die EU.

Wir brauchen deshalb einen Handel, der auf faire Spielregeln setzt und sich im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsagenda und dem Pariser Klimaabkommen in den Dienst des Gemeinwohls stellt. Hohe Standards müssen zum Ziel und nicht zur Zielscheibe von Handelsabkommen werden. Ein so ausgestalteter Handel kann ungebremsten ökologischen Raubbau, Armut und Hunger abbauen und einen entscheidenden Beitrag für nachhaltigen Wohlstand leisten. Multilaterale Abkommen sind dabei weiterhin der beste Weg, um die Interessen aller Länder zu schützen.

Das EU-Mercosur-Abkommen leistet all das in dieser Form nicht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. sich im Rat der EU für einen Stopp der Ratifizierung des jetzigen EU-Mercosur-Abkommens und Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einzusetzen;

2. sich im Rat der EU für ein neues Verhandlungsmandat einzusetzen, dass für alle handelsrelevanten Kapitel Regeln für den Schutz und Erhalt von Umwelt, Biodiversität und Klima sowie Arbeits- und Sozialstandards vorsieht und zudem ein sanktionierbares Nachhaltigkeitskapitel, Vereinbarungen zum Erhalt des Amazonas-Regenwaldes in seiner jetzigen Größe und einen wirksamen Beschwerdemechanismus für Menschenrechtsverletzungen enthält. Die Nichteinhaltung dieser festgelegten Standards wird durch einen im Abkommen festgelegten Sanktionsmechanismus konsequent bestraft. Der Austritt eines Staates aus dem Pariser Abkommen von 2015 hat die unmittelbare Folge der Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem jeweiligen Staat;
3. sich auf EU-Ebene für einen effektiven Importstopp für Agrarprodukte einzusetzen, die im Zusammenhang mit der Zerstörung von Waldflächen und anderer ökologisch bedeutsamer Gebiete sowie Menschenrechtsverletzungen und Landraub stehen und für einen europäischen gesetzlichen Rahmen, der sicherstellt, dass unsere Lieferketten frei sind von Menschenrechtsverletzungen, Entwaldung und grenzenlosem Flächenverbrauch sowie anderen Umweltverbrechen;
4. dass alle Vertragsparteien die Menschenrechte achten und nicht dabei behindert werden, ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen, indem,
 - a. ein Monitoring-Mechanismus eingerichtet wird, der das Handeln der Vertragsparteien auf Menschenrechtskonformität regelmäßig, effektiv und unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen überprüft;
 - b. eine Menschenrechts-Ausnahmeregelung in das Abkommen aufgenommen wird, welche es einer Vertragspartei ermöglicht, gegebenenfalls ihre Vertragsverpflichtungen zu ändern, auszusetzen oder das Abkommen zu beenden, wenn die andere Partei die Menschenrechte nicht achtet oder um ihren eigenen Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen;
 - c. ein Mechanismus für periodische Human Rights Impact Assessments eingerichtet wird;
 - d. ein Mechanismus für zivilgesellschaftliche Beschwerden eingerichtet wird, der auch juristische und technische Zugangshilfe für Beschwerdebefugte sowie Möglichkeiten für Ausgleichsmaßnahmen für Menschenrechtsverletzungen durch staatliche oder privatrechtliche Investitionen auf Grundlage des Freihandelsabkommens vorsieht;
5. Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz in Deutschland, um unsere Verpflichtungen nach dem Paris-Abkommen einzuhalten. Denn dies würde den Forderungen, den Regenwald im Interesse des Klimas zu schützen, viel mehr Glaubwürdigkeit verleihen;
6. die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen im globalen Süden durch die EU-Mitgliedstaaten zu reduzieren, zum Beispiel durch den Anbau von alternativen Futterpflanzen in der EU und stark verringerte Futtermittelimporte;
7. im Rahmen der Konvention über die Rechte der indigenen Völker die betroffenen indigenen Völker Südamerikas in ihren Rechten zu unterstützen.

Berlin, den 14. Januar 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

